

Die Aufrechten der Nacht



Friedlicher Protest bei Nuit Debout in Frankreich. (Foto: Nicolas Vigier/flickr.com/CCO.1.0)

Dass es in Europa zuletzt Studierendenbewegungen gegeben hat, die die Medien beschäftigen, ist vermutlich seit den 68er nicht mehr wirklich passiert. Seit Ende März tut sich jedoch etwas in Frankreich: Nuit Debout (aus dem Französischen: die Nacht über wach bleiben) – jene, die aufrecht bleiben. Wer aber steckt hinter dieser Bewegung und was wird gefordert?

Seit dem 21. März protestieren auf dem Place de la République in Paris mehrere tausend Menschen gegen die geplanten Änderungen des Arbeitsrechts in Frankreich. Hintergrund dafür war die Zielsetzung des Staatspräsidenten Francois Hollande und Ministerpräsidenten Manuel Valls, die Arbeitslosenquote in Frankreich deutlich zu senken. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt die Quote bei rund 10,5 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie in Deutschland. Hollande und Valls hatten den Plan aufgestellt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, indem kleinen und mittelständischen Firmen ein Zuschlag von 2.000 Euro versprochen wird, wenn sie Jugendliche oder Arbeitslose einstellen. Im gleichen Atemzug wurde jedoch auch die Verringerung der Anzahl der festgelegten Flächentarife von 750 auf 100 genannt. Flächentarifverträge stellen in erster Linie sicher, dass gleiche Mindestarbeitsbedingungen in den Betrieben einer Branche und eines Tarifgebietes gelten. Damit arbeiten die Firmen unter gleichen Voraussetzungen. Wettbewerbsvorteile

durch Lohndumping sollen so ausgeschlossen werden.

Grundsätzlich herrscht Einigkeit zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften, dass diese Flächentarifverträge besser zu handhaben sind als Einzel- oder Firmentarifverträge. Denn letztere haben zum Nachteil, dass Zeit und Geld seitens der Firmen aufgewendet werden muss, um eben jene Verträge zu verhandeln. Fallen nun aber knapp 90 Prozent der Flächentarife weg, kann keine größere Rechts- und Planungssicherheit mehr garantiert werden und die Löhne können in den Keller fallen.

Mehr als nur Arbeitsrecht

Was als Protest gegen die Arbeitsrechtreformen anging, hat sich mittlerweile zu einer Demonstration gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich weiterentwickelt, die auch die soziale Schieflage der französischen Gesellschaft zulasten jüngerer Menschen kritisiert. Dort ist zurzeit etwa jeder vierte Erwerbsfähige im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos. In Europa liegt Frankreich damit auf Platz sechs dicht hinter Zypern und Portugal. Deutschland hat mit 6,9 Prozent die geringste Arbeitslosenquote in Europa.

Mit anfänglich friedlichen Demos und Kundgebungen – jemensch, der*die bei Nuit Debout teilnimmt hat ein Rederecht – wurden erstmals in der Nacht zum 15. April Ausschreitungen bekannt. Laut Angaben der Polizei sollen mehr als 200 Demonstrant*innen Scheiben

Im Aufwind?



Neues zur Exzellenzinitiative für Hochschulen und ein Überblick über vorangegangene Entwicklungen auf [Seite 3](#)

Im Abstieg



Verlassene Gebäude und alte Bunker. Das Hobby Urban Exploration zieht immer mehr Leute in den Bann. [Seite 4/5](#)

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:
www.akduell.de

eingeschlagen und Geschäfte geplündert haben. Zwei Wochen später am 28. April kam es in mehreren französischen Städten zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstrant*innen, die vor dem 1. Mai, dem Tag der Arbeit, eine Abschaffung der Reformen gefordert hatten. 24 Polizist*innen seien dabei verletzt und 124 Menschen landesweit festgenommen worden. Die französischen Medien ziehen vor allem Parallelen zu den in New York stattfindenden Occupy Wall Street Bewegungen und den Indignados in Madrid, die ebenfalls als Reaktion auf soziale Ungleichheit, Bankenspekulationen oder – im Falle Spaniens – den Sparkurs der Regierung entstanden sind.

Neben Paris fanden nun auch in Nizza oder Marseille nächtliche Proteste statt, die Liste der teilnehmenden Städte wächst stetig. Und auch in Deutschland wollen sich Bewegungen mit Nuit Debout solidarisieren. Bereits in Leipzig und München gab es Versammlungen, in Berlin treffen sich Interessierte jeden Mittwoch und Samstag ab 17 Uhr auf dem Mariannenplatz. Bestrebungen nach solchen Zusammenkünften gibt es auch im Rhein- und Ruhrgebiet, bisher sind noch keine konkreten Termine bekannt. [bjg]

Antisemitismus: Streitpunkt unter Feminist*innen?

Kommentar

Kritisch, nur nicht mit sich selbst

Ein Kommentar von Simon Kaupen

Wenn man weiß wo der*die Feind*in steht, hat der Tag Struktur. Das gilt für Antikapitalist*innen gleichermaßen wie für Feminist*innen. Sich in diesem Bewusstsein mit allen, die ich auf meiner Seite wähne, zu solidarisieren, also den Unterdrückten und Geknechteten dieser Welt – fängt dann an Sinn zu machen. Das hat unschöne Allianzen zur Folge. So sind der Feminismus und der Antisemitismus alte Bekannte mit einer scheinbar nie enden wollenden Liebschaft.

Doch warum tut sich die feministische Bewegung so schwer sich von Antisemit*innen zu distanzieren? Dabei gilt zunächst zu konstatieren, dass es insbesondere bestimmte Teile des (Queer-)Feminismus sind, die mit diesem Problem zu kämpfen haben. Konkret: Der Critical Whiteness (CW) Flügel der Szene. Auch Referentin Merle Stöver teilt diese Einschätzung und stellte am Samstag fest: „Bei den Leuten, die den CW-Kram so vor sich hertragen, ist der Antisemitismus schon verbreiteter“. Bei Verfechter*innen dieser Spielart des Feminismus geht es um das „kritische Weißsein“, also das Hinterfragen der Privilegien der als weiß gelabelten Mehrheitsgesellschaft. Hautfarbe wird zum Kernelement der Identität stilisiert. Die Gesellschaft besteht dann aus weißen Biodeutschen und Allen, die davon abweichen – den Unterdrückten People of Colour. Von da aus ist es nicht mehr weit, im Nahost-Konflikt einseitig Stellung zu beziehen. Israel der weiße Unterdrücker, Palästina das unterdrückte Subjekt.

So sind es vor allem diejenigen, die am lautesten einen „Privilegien Check“ von anderen verlangen, die eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen antisemitischen Mustern und Symbolen, wie dem Tragen des Pali-Tuches, verweigern. Denn allzu häufig wird sich mit dem Ablehnen von Antisemitismus durch die pro forma Einreihung in den Flugblatt-Text begnügt. Sich von Antisemit*innen in meinen Bündnissen zu trennen heißt aber auch, die Wohlfühlzone des Feminismus zu verlassen.

Angela Davis, Judith Butler oder zuletzt Laurie Penny: Diese feministischen Ikonen und ihr Verhältnis zum Antisemitismus stehen immer wieder im Mittelpunkt von Kontroversen. Bloggerin Merle Stöver kämpft gegen die Jüd*innenfeindlichkeit in feministischen Gruppierungen. In ihrem Seminar „Antisemitismus im Feminismus?“ bei der Grünen Jugend NRW offenbarte sie schonungslos die Ressentiments einer sich als progressiv verstehenden Szene.

Und dafür muss Merle Stöver einiges über sich ergehen lassen. Als sie in einem Ankündigungstext die britische Star-Feministin Laurie Penny für ihre Unterstützung der antisemitischen Boykott-Bewegung BDS (Boycott, Desinvestitions and Sanctions) anprangerte, konterte Penny mit einem offenen Brief, der kein Klischee der sogenannten „Israelkritik“ ausließ – die Benennung des Gaza-Streifens als „Freiluftgefängnis“ inklusive. Im Zuge dessen gab die sich als „Halb-Jüdin“ bezeichnende Britin ihre deutsche Mitspielerin im Kampf um Gleichberechtigung bei Twitter zum Abschluss frei. Nachdem sie Stöver vor ihren knapp 120.000 Followern öffentlich bloßstellte, erhielt diese Vergewaltigungs- und Mordrohungen. „Gerade sie weiß, was es heißt, online an den Pranger gestellt zu werden. Umso schockierender, dass sie das auch mit mir gemacht hat“, erzählt Stöver und schiebt nach: „Das zeigt, wie tief der Stachel auch bei ihr sitzt“.

Dem eigenen Antisemitismus stellt man sich im radikalen (Queer-)Feminismus eher ungerne, weiß Aktivistin Merle Stöver zu berichten. Doch hat dieser Tradition, wie sie im ersten Teil ihres Seminars in der Grünen Landeszentrale in Düsseldorf aufzeigte. Abzulesen ist dies nicht zuletzt an den prominenten Ikonen der Bewegung. Die amerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis fiel ebenso durch antisemitische Äußerungen auf wie Judith Butler, welche einst die Hamas als Teil der globalen Linken verordnete. Für Referentin Stöver sind solche Positionen durchaus naheliegend. „Wer sich stets mit den Schwächeren und Diskriminierten solidarisiert, der überträgt dies auch im Nahost-Konflikt auf die Palästinenser“, erläutert sie ihre These. Dabei würden dann auch Bündnisse mit eindeutig antisemitischen Gruppierungen eingegangen.

Diese Praxis beleuchtete Stöver im zweiten Teil ihres Seminars. Das aktuellste Beispiel ist dabei die 1. Mai Demonstration in Berlin, wo unter anderem Gruppierungen wie „FOR Pales-



Feministin und aktiv gegen Antisemitismus: Merle Stöver (Foto: Sharon Adler von AVIVAS-Berlin.de März 2016)

tine“ beteiligt waren, die sich für eine Einstaatenlösung des Israel-Palästina-Konflikts aussprechen. „Dann gehen auch bei feministischen Demos häufig Bonds over Politics, das heißt breite Bündnisse werden einer Distanzierung von solchen Gruppen vorgezogen“, berichtet Stöver. Sie fordert, sich klar von antisemitischen Zusammenhängen zu distanzieren. Breite Bündnisse dürften nicht wichtiger sein als der Ausschluss eindeutig antisemitischer Personen.

Für Personen, wie Anne Wizorek (#aufschrei) würde das bedeuten, sich von problematischen, sich strukturell antisemitisch äußernden Unterzeichnerinnen ihrer Aktion „#schauhin“ zu distanzieren. Diese Selbstreflexion lässt die feministische Szene laut Stöver häufig vermissen. Wenn sie diese Mißstände anspricht, wird sie allzu oft heftig diffamiert, vor allem wenn es um ihre eigene Zuschreibung als „weiße Frau“ geht, die Migrant*innen und People of Colour auf Antisemitismus hinweise. „Ich wurde auch schon als Rassistin bezeichnet“, sagt Stöver.

Dabei versteht sich der Feminismus als originär progressive Bewegung. Da passt Antisemitismus nicht ins Bild. Frei nach dem Motto; es gibt nichts, was es nicht geben darf. Negativbeispiele wie die kritisierten Aussagen von Laurie Penny gibt es jedoch auch. Eine kritische Auseinandersetzung oder Selbstreflexion, wie sie vor allem Feminist*innen immer wieder von anderen einfordern, der eigenen Ressentiments ist für einen Teil der Bewegung unabdingbar. [ska]

Deutschland, deine Elite-Unis?

533 Millionen Euro pro Jahr: Das ist die Summe, die der Bund über die Exzellenzinitiative in die Forschung an deutschen Hochschulen stecken will. Am vergangenen Freitag, 6. Mai, stellte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) die Pläne zur vierten Runde des Förderprogrammes vor – und erntete Kritik. Die Initiative soll nicht nur eine nachhaltige Konkurrenzsituation durch auserlesene Eliteuniversitäten erschaffen, sondern die prekären Arbeitsverhältnisse an den Universitäten zusätzlich verschärfen. Seit Beginn des Programmes protestieren Studierende und Wissenschaftler*innen gegen die elitäre Finanzspritze.

Mehr Geld für die Forschung? Für Hochschulen, die wegen knapper Kassen permanent um Drittmittel kämpfen müssen, ist das eine willkommene Gabe. Und so pries Wissenschaftsministerin Wanka auf der Pressekonferenz das neue Exzellenzprogramm als Bonbon für die Unis an: Es werde die Spitzenforschung an deutschen Universitäten weiter voranbringen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit als Wissenschaftsstandort stärken.

Künftig sollen acht bis elf Exzellenzunis oder –verbünde auserkoren werden. Sie müssen als Einzeluniversität zwei vielversprechende Forschungen vorweisen, als Verbünde drei geförderte Forschungen, ehe sie sich als Eliteuni bewerben können. Bis zu 50 Forschungen sollen über insgesamt zweimal sieben Jahre gefördert werden. Über die Förderung dieser sogenannten Cluster wird im Jahr 2018 entschieden. Wer sich als Exzellenzuni bis Juli 2019 durchgesetzt hat, wird mit dem neuen Programm bessere Chancen haben das auch zu bleiben – statt erneuter Bewerbung folgt nach sieben Jahren nur eine weitere Evaluierung.

Neun deutsche Eliteuniversitäten

Derzeit gehören elf Hochschulen zum erlesenen Kreis dieser Elitehochschulen: die Freie sowie Humboldt-Universität in Berlin, die Unis in Köln, Aachen, Heidelberg, Tübingen, Dresden, Bremen, Konstanz sowie die Technische Universität München und die Ludwig-Maximilians-Universität München.

Und die Universität Duisburg-Essen? Die hat bislang in drei Bewerbungsrunden kein Stück vom Kuchen abbekommen. Zuletzt hatte sie sich für ihre Forschung in den Bereichen Water Science, Nano-Integration, Energiegewinnung aus Biomasse und der Transplantationsmedizin beworben. Angesichts der Niederlage zeigte sich UDE-Rektor Ulrich Radtke im Jahr 2011 eher trotzig: „Rankings sind nicht so wichtig. Entscheidend ist die Tatsache, dass wegen des umfangreichen Fusionsprozesses die Uni viele Jahre Schwierigkeiten hatte, sich ihrer Größe entsprechend schlagkräftig zu positionieren.“ Sein Duktus: Die UDE habe als jüngste Voll-Universität Deutschlands nach der Fusionierung einfach noch nicht die gleichen Chancen. Während die Universitäten auf Hochtouren an



Protest gegen Gutachter*innen: Bochumer Studierende versuchten im Sommer 2007 die Bewerbung der RUB bei der Exzellenzinitiative zu stören. (Archivbild: Rolf van Raden)

ihren Bewerbungsunterlagen feilen, ruft die Exzellenzinitiative immer wieder auch Gegner*innen auf den Plan. Als sich die Ruhr-Uni Bochum im Sommer 2007 bewarb, reiste eine Delegation von Gutachter*innen an. Der Weg, den sie auf dem RUB-Campus zurücklegen würden, war klar zu erraten: Die Uni hatte eiligst Farbe aufgetragen, geschrubbt und neue Wegweiser angebracht. Für die neu geschaffene Widerstandgruppe aus Studierenden mit dem Namen „Elite abschaffen – Privatermittlungen für Solidarität und Freie Bildung“ war es also ein leichtes, die Route für ihre Störaktionen festzulegen.

Mit Hilfe von Transparenten mit den Aufschriften „Solidarität statt Konkurrenz – Zur Hölle mit der Exzellenz“ und lauten Störrufen protestierten sie lautstark gegen die Exzellenzinitiative. Immer mit dabei: Ein Wanderkessel der Polizei, der die Studierenden skurrilerweise über den Campus begleitete. Die Protestierenden waren aufgrund ihrer Kritik gegen die Exzellenzinitiative auf die Barrikaden gegangen: „Es ist als höchst bedenklich zu bewerten, dass sich die Universitäten in diesem Wettbewerb gegenseitig ausbooten müssen, um die Lehre und Forschung wenigstens halbwegs finanzieren zu können“, erklärte damals Ulrike Teves vom Protestplenum an der RUB.

Die diesjährigen Gegner*innen sind bislang vor allem im Netz sichtbar: Auf der Seite exzellenzkritik.wordpress.com protestieren 100 erstunterzeichnende Wissenschaftler*innen, bislang überwiegend aus den Sozial- und Geisteswissenschaften, gegen die Bundesinitiative. „Als wissenschaftlich Arbeitende, die davon zum Teil massiv betroffen sind und die ein faires Hochschulsystem der Prestigekonkurrenz vorziehen, wenden wir uns gegen die Exzellenzinitiative“, heißt es in der Online-Petition der Kritiker*innen.

Die Petitionsmacher*innen lehnen den Diskurs der Exzellenz als undemokratisch ab. Sie kritisieren: Die zusätzlichen Mittel legitimierten prekäre Beschäftigung an den Nicht-Eliteunis, verstärkten soziale Ungleichheit und dienten ei-

ner schleichenden Anpassung an die Rhetorik der Märkte. Die Wissenschaftler*innen fordern stattdessen eine solide Grundfinanzierung der Unis, egalitäre Forschungsmöglichkeiten an allen Hochschulen und gesicherte Berufsaussichten für Forschende und Lehrende.

Es ist eher unwahrscheinlich, dass sich die Bundeskanzlerin und die Länderchef*innen dieser Kritik anschließen werden – Mitte Juni soll die neue Exzellenzinitiative von ihnen abgesegnet werden. Danach werden sich die Anstrengungen der Universitäten sowie der Gegner*innen wohl wieder intensivieren. [mac]

Das ist die Exzellenzinitiative

Die Universitäten können sich seit dem Jahr 2005 – parallel zur Bologna-Reform – alleine und in Kooperation mit anderen Hochschulen in drei Kategorien bewerben. 1. Die Zukunftskonzepte: Hier wird die Entwicklung der Gesamtuniversität bewertet. Es winkt der Titel Exzellenzuniversität. 2. Die Exzellenzcluster: Dabei wird über die Förderung der Forschung eines Themenkomplexes entschieden. 2. Die Graduiertenschule: Doktorand*innen, die in einem breiten Wissenschaftsgebiet forschen, können hier Förderungen erhalten.

Die Entscheidung, wer die Mittel zugewiesen bekommt, fällt die Exzellenzkommission: Ein Verband aus Bund, Ländern und 29 Wissenschaftler*innen unter der Federführung des Wissenschaftsrats, der das Verfahren durchführt. In den einzelnen Kategorien können ein- bis zweistellige Millionenförderungen erworben werden. Die größte Förderung erhalten die sogenannten Exzellenzuniversitäten, die sich mit ihrem Hochschulkonzept durchsetzen.

“Wie in einem Endzeitfilm“

Sir Camel, wie er sich selbst nennt, ist Urbexer. In seiner Freizeit geht er dem Hobby Urban Exploration nach, der Erkundung verlassener Orte im städtischen Raum. Philipp Frohn sprach mit ihm über seine Erfahrungen in der Szene, wie und wieso er in verschiedene Gebäude, Bunker und Industrieruinen einstieg.

ak[due]ll: Alte heruntergekommene Gebäude und dreckige Bunkeranlagen – was reizt dich daran, deine Wochenenden dort zu verbringen?

Sir Camel: Mehrere Faktoren reizen mich daran, verlassene Gebäude und Anlagen zu erkunden. Es ist ein ungewöhnliches Hobby, nichts Gesellschaftskonformes. Wenn man im Dunkeln vor so einem Gebäude steht und mit der Taschenlampe nach einem Eingang sucht, dabei versucht, so leise und unauffällig wie möglich zu bleiben, da fühlt man sich wie ein Rebell – vielleicht wie ein sehr armseliger Rebell. Gerade weil es verboten ist, ist es sehr aufregend. Zudem geht es mir auch um diese verlassenen Gebäude, die von der Zeit gezeichnet sind. Es sind oft Gebäude, die wir im „normalen“ Zustand schon oft gesehen haben, wie zum Beispiel ein Hallenbad. Dieses Gebäude dann aber verlassen und heruntergekommen zu sehen ist ein sehr beunruhigender Anblick, der einen melancholisch werden lassen kann. Wenn man es melodramatisch ausdrücken möchte, kann man sagen, dass es gleichzeitig schön und traurig sein zu sehen, dass nichts ewig besteht. An einigen solcher Orte sieht man sogar,

wie die Natur wieder ihren Weg gefunden hat und die Vegetation praktisch den Ort zurückerobert. Und genau das reizt mich wohl am meisten an der Sache: Zu sehen, wie sich alles entwickelt, wenn der Mensch oder zumindest unsere Zivilisation nicht mehr besteht. Es ist fast so, als wäre man in einem Endzeitfilm.

ak[due]ll: Wie bist du zu diesem ungewöhnlichen Hobby gekommen?

Sir Camel: Ich liebe Endzeitfilme, Endzeitvideospiele und generell alles, was in einer postapokalyptischen Welt spielt. Es reizt mich zu sehen, wie sich alles ohne Einfluss von Menschen entwickelt. Als ich dann Gleichgesinnte gefunden habe, wurde man mutiger und wir unternahmen solche Ausflüge.

ak[due]ll: Woher erhältst du die Informationen, welche Locations einen Besuch wert sind?

Sir Camel: Dafür haben wir in der Gruppe jemanden. Der informiert sich dann übers Internet und hat Kontakte geknüpft. Und manchmal trifft man auch zufällig auf so ein Gebäude und steigt dann dort ein, wenn sich die Möglichkeit ergibt.

ak[due]ll: Wie war dein erster Ausflug?

Sir Camel: Aufregend. Auf dem Weg habe ich mich in Duisburg noch kurz mit einer Nazi-Oma im Zug gestritten, aber der Ausflug in den Bunker war an sich sehr aufregend. Es war schwer, die Bunkeranlage zu erreichen und wir mussten viel klettern. Leider waren einige aus der Gruppe schon dort gewesen und das

nimmt dem Ganzen ein wenig den Reiz, weil man schon weiß, dass es nicht so gefährlich werden kann. Dennoch war es ziemlich spannend und anstrengend, denn diese Orte sind oft schwer zu erreichen, weil sie abgesperrt sind. Da muss man kreativ sein.

ak[due]ll: Mittlerweile hast du schon einige Locations besucht. Was ist dein bisheriger Favorit?

Sir Camel: Mein Favorit ist eine Justizvollzugsanstalt. Aus einem Gefängnis auszubrechen, das haben schon einige geschafft. Aber in ein Gefängnis einzubrechen, das ist gar nicht mal so leicht und dazu auch relativ dämlich, weil diese Anlagen genau dafür gebaut wurden, damit niemand ein- oder ausbricht. Nach langen Überlegungen wollten wir mit einem Enterhaken über eine circa 25 Meter hohe Mauer klettern, bis wir realisiert haben, dass wir nicht klettern können und nicht wissen, wie man einen Enterhaken benutzt. Zu unserem Glück halten es einige Urbexer nicht so ernst mit dem Kodex „kein Vandalismus“ und haben ein menschengroßes Loch in die Steinmauer des Gefängnisses gehauen. Es war sehr aufregend zu sehen, so ein Gefängnis von innen zu sehen. So eine Zelle ist erstaunlich klein.

ak[due]ll: Hast du schon mal Rückschläge erlebt? Und Erfolgserlebnisse?

Sir Camel: Ja, es ist immer ein Rückschlag, wenn man so ein Gebäude entdeckt, aber keinen Eingang findet. Aber wenn dann plötzlich ein Loch in der Mauer auftaucht, freut man sich umso mehr darüber. Es ist jedes Mal ein Erfolgserlebnis, wenn der Abend nicht im Polizeiwagen endet.

ak[due]ll: Verlassene Orte können sicherlich auch unheimlich sein, oder?

Sir Camel: Das Unheimliche gibt dem Ganzen auch erst seinen Reiz. Als wir diese Justizvollzugsanstalt zum ersten Mal erkundeten, war es draußen sehr windig und der Wind hat ständig die Türen auf- und zugeschlagen. Das heißt, dass wir weder richtig sehen konnten, da meine leicht beschränkten Freunde ihre Taschenlampen vergaßen, noch richtig hören konnten, weil der Wind so heulte. Zudem ist plötzlich aus dem Nichts eine andere Gruppe aufgetaucht, die ich zuerst für die Security hielt. Aber wenn man dann einige Zeit lang im Gebäude war und merkt, dass nichts passiert, legt sich die Angst. Trotzdem sollte man das nicht unterschätzen, denn manche Gebäude sind wirklich schwer erreichbar, was oft nicht sicher ist.



*Verfallen und nur noch abrisstauglich? Für Urbexer ist das alte Schwimmbad ein großer Spielplatz. (Fotograf*in bekannt)*

Der Reiz des Verlassenen



Für die einen ist es eine abrisssbereite Bruchbude, für die anderen das Ziel des nächsten Wochenendausflugs. Urban Exploration erfreut sich immer größerer Beliebtheit. „Urbexer“ steigen jenseits der Grenzen der Legalität in verlassene Gebäude, Bunker und Industrieruinen ein. Ein Hobby, das Kreativität und Einfallsreichtum erfordert.

Nach einem langen Fußmarsch über einen steilen Hügel und einem noch steileren Abhang gelangt Marvin* zum gesuchten Einstieg: ein ein Meter breites und ein Meter hohes Loch in einer Felswand, durch das sich er und seine Mitstreiter samt Ausrüstung durchquetschen müssen, bis sie im Eingangstrakt des Bunkers ankommen. Nach einigen Metern in geduckter Haltung kann die Gruppe wieder aufrecht gehen und läuft bis ans Ende des langen Ganges, wo sie gleich das nächste Hindernis erwartet. Eine weitere Felswand versperrt den Weg in den Haupttrakt der Bunkeranlage, die während des Zweiten Weltkrieges als unterirdisches Hospital genutzt wurde. Der einzige Weg: Ein enges, 40 Meter langes Stahlrohr, das die beiden Bunkerteile miteinander verbindet. Das Schicksal eines Urbexers.

Das Ruhrgebiet gilt als Paradies für Urbexer. Auch wenn immer mehr Lost Places dem Vandalismus zu Opfer fallen oder nahezu im wöchentlichen Rhythmus in Flammen stehen, bietet das Ballungszentrum ausreichend Spielfläche. „In diversen Internetforen erhält man auch Tipps, wo welcher Lost Place zu finden ist“, erzählt Dieter K.*. Wer aber denkt, dass man durch einfaches Googeln auf die Koordinaten der Zugänge stößt, ist auf dem Holzweg. Gerade weil verstärkt Vandalismus Einzug in die Szene hält, hüllen sich viele Urbexer mit Informationen über Lost Places in Schweigen. Außerdem: „Hier wird man vor diverse Probleme gestellt und es ist so ein bisschen die Kreativität der einzelnen Personen gefragt. Wir sind zum Beispiel sehr kreativ geworden, um Hindernisse zu bewältigen. Das ist auch ein großer Teil dieses Hobby. Man will etwas schaffen und man kann nicht unbedingt auf normale Mittel zurückgreifen“, erklärt Dieter K. Genau davon kann er ein Lied singen: Mit seinen Freunden wollte er in eine stillgelegte

Justizvollzugsanstalt eindringen. Das Problem war eine circa acht Meter hohe und mit Stacheldraht zusätzlich gesicherte Mauer. „Da haben wir uns tagelang drüber Gedanken gemacht und uns dann einen Enterhaken gekauft. Der ist aber nie zum Einsatz gekommen, weil wir dann einen anderen Zugang gefunden haben“, so Dieter K. So ein Glück habe man aber nicht immer. Daher sollte man körperlich als auch motorisch in der Lage sein, eine Wand mittels eines Seils zu erklimmen.

Leben am Limit!

Eine goldene Regel in der Szene ist: Niemals alleine einen Lost Place betreten. „Es kann immer etwas passieren. Man braucht beim Klettern nur abzustürzen und hat sich etwas gebrochen – und am besten keinen Handyempfang, sodass man nicht mal Hilfe rufen kann“, sagt Marvin. Auch sollte man keinesfalls ohne Hilfsmittel in solche Objekte einsteigen. Taschenlampen sowie ausreichend Wechselbatterien sind daher Pflicht. „Man sollte aber natürlich immer gucken, dass man eine Exit-Strategie hat“, sagt Dieter K. Schließlich kommt es nicht selten vor, dass plötzlich Schritte anderer Menschen zu hören sind: „Und da man nicht weiß, von wem sie sind, sollte man lieber einen Plan B parat haben.“

Wie so vieles, das Spaß macht, bewegt man sich auch in diesem Hobby außerhalb der legalen Grenzen. Wenn man nicht vorher den*die offizielle*n Eigentümer*in nach einer Begehungserlaubnis fragt, macht man sich des Straftatbestandes des Hausfriedensbruchs oder des schweren Hausfriedensbruchs schuldig. Dabei hängt es davon ab, ob man sich mittels Gewalt Zutritt verschafft und ob man als „Menschenmenge“ auftritt – was laut juristischer Definition bereits eine Gruppe ab zwei Personen umfasst. Wird man erwischt, können laut Strafgesetzbuch Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von ein bis zu zwei Jahren verhängt werden. Darum macht sich Dieter K. aber keine Sorgen: „Das ist ziemlich kalkulierbar, wenn man sich in dem Lost Place nicht völlig daneben verhält.“ Außerdem gehöre die Gefahr, erwischt zu werden, einfach zum Hobby dazu. [fro]

* Namen von der Redaktion geändert

Zuhören

Hardcore und Gender



Obwohl Subkulturen bereits seit den 1940ern Jahren erforscht werden, wissen wir trotzdem noch wenig über deren Geschlechterarrangements. Das Frauen*referat der Universität Duisburg-Essen lädt zu einem Vortrag und einer daran anknüpfenden Diskussion ein, die sich damit befasst, wie Geschlecht darin organisiert und verhandelt wird.

↗ **Mittwoch, 11.05., 19 Uhr, Autonomes Zentrum Mülheim an der Ruhr**

Zusammenschließen

Initiativtreffen der SHKs

Die Initiative der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an der Universität Duisburg-Essen trifft sich erneut um sich zu vernetzen. Das Ziel ist es, eine Repräsentationsfläche für studentische Hilfskräfte sämtlicher Fachbereiche zu etablieren und sich für bessere Arbeitsbedingungen zu engagieren. Vorbereitungen zur Wahl einer*r Vertreter*in fallen ebenfalls an.

↗ **Mittwoch, 11.05., 18 Uhr, Campus Essen To2 Soo Ko8**

Zurückerinnern

NS-Zeit in Duisburg

Duisburg, 1922 bis 1945 unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. In einer Dokumentation schildern Duisburger Bürger*innen ihre Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus, der Verfolgung politischer Gegner*innen, die Folgen der Aufrüstungspolitik für die Duisburger Industrie und das Schicksal Duisburger Jüd*innen. Dokumente aus dem Duisburger Stadtarchiv sowie aus privaten Beständen liefern Interessierten Einblicke in diese Zeit.

↗ **Donnerstag, 12. 05, 18 Uhr, Djazz Duisburg, Börsenstraße 11, Eintritt frei**

Keine Alternative für Studierende

Knapp zwei Wochen sind vergangen seit das Parteiprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) veröffentlicht wurde. Viel mediale Kritik hagelte es vor allem für die angestrebte Benachteiligung Alleinerziehende*r zugunsten der „traditionellen Familie“ und der strukturellen Diskriminierung von Muslim*a. Aber auch im Bereich Forschung und Lehre wollen die selbsternannten überzeugten Demokrat*innen einiges ändern. Ein bildungspolitischer Blick ins Parteiprogramm.

Was könnte sich mit der AfD an den Schulen und Hochschulen verändern, sollte sie es schaffen, in den Landtag Nordrhein-Westfalens einzuziehen? Bis zur Wahl am 17. Mai 2017 ist es zwar noch über ein Jahr hin – nach den Wahlerfolgen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt erscheint dieses Szenario jedoch nicht besonders abwegig. Auch bei einer Umfrage des Instituts für neue soziale Antworten vom 29. April kam die AfD auf neun Prozent und hätte somit die Fünf-Prozent-Hürde geknackt. Gerade eine Hochschule mit einer so heterogenen Studierendenschaft wie sie an der Universität Duisburg-Essen zu finden ist, würde die rechtspopulistische Absage an den Multikulturalismus treffen.

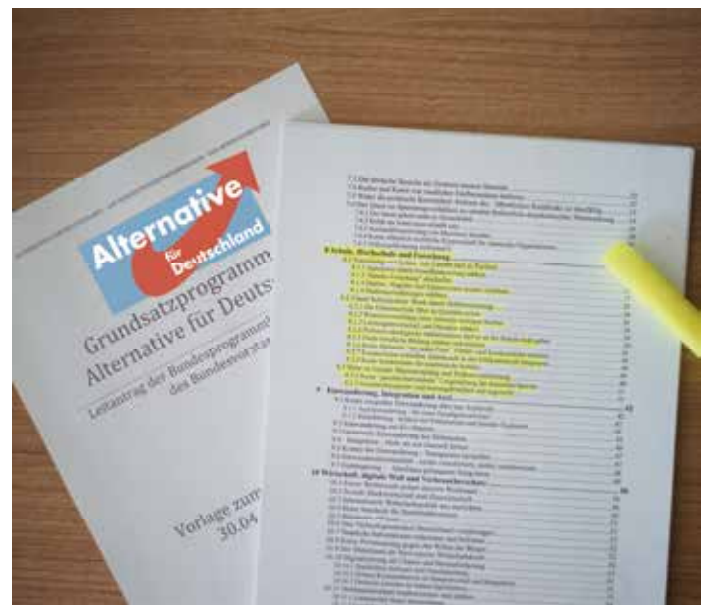
Viele Studenten können sich noch lebhaft an ihre Freude über die Aussetzung der Wehrpflicht erinnern. Hier könnte ein Rückschritt drohen: „die AfD [tritt] dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 28 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen“, lautet es im Parteiprogramm. Zudem soll der Zugang zu den Hochschulen durch Eignungsprüfungen erschwert werden, da die AfD ein gesunkenes Niveau beim Abitur wittert. „Es gilt ‚Qualität vor Quantität‘“, lässt das Parteiprogramm kaltschnäuzig weiter verlauten. Blöd für diejenigen, denen dadurch ein Studium verwehrt bleibt. Die Forderung kollidiert zudem mit dem vielbeschworenen Fachkräftemangel und dem Abebben der geburtenstarken Jahrgänge. Auch die Wohnsituation von Studierenden könnte sich verschlechtern. Im Hinblick auf die derzeitige Wohnungspolitik kommt die Partei zu dem Schluss, dass „[w]eder ‚Mietpreisbremsen‘ noch ‚Kappungsgrenzen‘ [...] Entspannung am Wohnungsmarkt [bringen]. Dies vermögen nur eine große Zahl von Neubauten und eine höhere Eigentumsquote.“ Länder wie Spanien oder Italien zeigen, dass eine hohe Eigentumsquote zur Folge hat, dass es sich die meisten Studierenden nicht leisten können, in eine eigene Wohnung oder WG zu ziehen und deshalb bei der Familie leben, bis sie sich eine Eigentumswohnung kaufen können. „Wohneigentum schafft Heimatbindung und fördert den Wunsch, das eigene Umfeld zu bewahren und zu erhalten.“ Eine solche Standorttreue mag für manchen erstrebenswert sein – für Studierende oder Berufseinsteiger*innen, die flexibel sein müssen oder wollen, ist diese Form der Wohnungspolitik hingegen irrelevant.

Zwar lobt die AfD die vielfältige Hochschullandschaft und gibt vor, sich für eine Selbstbestimmung der Universitäten in puncto Studienangebot einzusetzen, lässt jedoch auch klar durchblicken, welche Fächer für sie die eigentlich wichtigen sind und wie sich ebene weiterentwickeln habe. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) – am besten noch als duales Studium durchgezogen – das halte die deutsche Wirtschaft am Laufen. Schade, dass in genau dieser gern auf Englisch parliert und mit Anglizismen um sich geworfen wird. Doch auch das möchte die AfD ändern: „Deutsch soll als Lehrsprache erhalten werden.“ Auch wenn das vermutlich nicht heißen soll, dass künftig jeder Fachterminus übersetzt werden müsste, so ist es doch im Kontext von Globalisierung und der steigenden Anzahl von ausländischen Studierenden eine weltfremde Forderung. Was in den Fachbereichen abseits von MINT passieren soll, bleibt offen. Gutes ist jedoch nicht zu erwarten, da die AfD eine fortschreitende Akademisierung beklagt: „Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen.“ Das Ummünzen der bildungspolitischen Erfolge hinsichtlich steigender Abiturient*innenzahlen und Studierenden aus nichtakademischen Familien durch eine „Früher war alles besser“-Rhetorik steht exemplarisch für den Populismus der Partei und lässt außer Acht, dass sich ein gesellschaftlicher Wandel durch die Zunahme von technischer Arbeitsteilung hin zu einer digitalen Arbeitswelt vollzieht. Laut AfD sei es falsch, „Eltern und Jugendlichen einzureden, nur derjenige Bildungsweg sei erfolgreich, der zu einer Hochschule führe.“ Mit dieser Empfehlung und der Betonung des differenzierten Schulsystems könnten vielen Schüler*innen schon früh der Weg zu einer freien Wahl des Berufs und Studienfachs verwehrt werden.

Zurück in die Vergangenheit

Was in keinem von der AfD verfassten Text fehlen darf, ist nun auch im Parteiprogramm enthalten: die Diskreditierung der Gender Studies. Diese seien unwissenschaftlich und politisch motiviert, „Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.“ Schlimmer als diese sind in den Augen der Deutschnationalen nur noch Koranschulen.

Auf Lehramtsstudierende würden auch einige Änderungen im Studienplan zukommen. Inklusion soll etwa an den Schulen gestrichen werden, da sie laut Parteiprogramm zu viel koste und zulasten der Leistung der nichtbehinderten Schüler*innen gehen würde – und dies wird der potentiellen Wähler*innenschaft auch noch als Recht schmackhaft gemacht: „Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken.“ Weiter zurück geht es auf der Bil-



dungszeitreise in den Klassenraum unserer Eltern und Großeltern, so fordert die Partei tatsächlich eine Erziehung der Kinder seitens der Eltern hin zu Respekt und Disziplin, die Lehrenden hingegen sind nur noch Informationsträger und dürfen strafend tätig werden: „Schulverweigerung, Null Bock Mentalität, Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt in der Schule sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten angemessen zu ahnden.“ Muslimische Schüler*innen würde es wohl noch härter treffen, da sie dem Unterricht ungeachtet von Konflikten mit ihrer Religion nachzugehen haben und – wie Erwachsene auch – sich nicht verhüllen dürften. Vorschriften und Einmischung bezüglich der Kindererziehung seitens der AfD sind auch unter dem Aspekt fragwürdig, da sie gar nicht von der Partei als Staatsaufgabe vorgesehen wird. Denn das sollen nur die Bereiche innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung sein, aus allem anderen habe er sich herauszuhalten.

Noch ist die AfD in NRW nicht in den Landtag gewählt worden. Zudem ist es fraglich, ob sich eine Partei finden würde, die mit ihr koalieren wollen würde. Trotzdem ist eine Auseinandersetzung mit ihr und der Möglichkeit einer regierungsfähigen AfD nicht nur unumgänglich, sondern kann auch dabei helfen, ihr entschlossen entgegenzutreten. [lenz]

Die Freilichtbühne swingt



Kultur in der Natur: Die Freilichtbühne öffnete vergangenen Mittwoch, 4. Mai ihre Pforten. Das Format Mittwochsreihe machte mit der Band Botticelli Baby den Saisonauftakt. Ungefähr 600 Besucher*innen swingten zu Kultur aus dem Hut. Was vor zwölf Jahren aus einer Schnapsidee entstand, sieht heute gar nicht mehr so übel aus. Und was früher lediglich ein bunter Freund*innenkreis mit viel Herzblut war, darf sich inzwischen Firma nennen. Zum 80-jährigen Jubiläum des Veranstaltungsorts unter freiem Himmel und der holprigen Geschichte der Regler*innen Produktion bleiben 2016 alte Erfolgsmarken erhalten, für frischen Wind sorgen künftig internationale Künstler*innen und das Festival CultureKlub.

Einflüsse von Balkanmusik und Swing bewegen ein breites Publikum in der grünen Oase an der Dimbeck. Obwohl die Musik der siebenköpfigen Band Botticelli Baby an den sogenannten Hot und Gypsy Jazz der 20er Jahre erinnert, ist sie tanzbarer und eingängig. Die Bläsesätze und die stimmliche Begleitung des Sängers Marlon Böhner versetzen die ersten Reihen vor der Bühne in Ekstase. Das restliche Publikum swingt geschmeidig mit oder macht es sich auf der großzügigen Wiese gemütlich. Ein neuer Hingucker in diesem Jahr: Die Bühne. Der Bühnenbauer Eckehard Vornich lässt sich jedes Jahr eine neue Gestaltung für den Schauplatz einfallen. Neben Mölmisch, Cocktails und vegetarischem Essen stehen neuerdings auch Delikatessen aus dem Ruhrpott wie Currywurst auf der Karte, die ebenfalls positiv vom Publikum angenommen werden. „Insgesamt erscheint der Auftakt mehr als gelungen“, findet Reglermitglied Stephan Bevermeier und denkt an alte Zeiten zurück: „Das sich das Ganze so entwickelt, hätte ich 2004 nicht für möglich gehalten.“

Es war einmal...

Geht mensch zwölf Jahre zurück, war von der erfolgreichen Entwicklung der Freilichtbühne zum etablierten Veranstaltungsort nicht die geringste Spur. Im Gegenteil: Viele hätten wahrscheinlich dazu geraten, die Idee an den Nagel zu hängen. Im selben Jahr gründete sich aus Künstler*innen, Musiker*innen und Techniker*innen *Halle 1 e.V.*

die *Regler Produktion*. Ihr Hauptziel: Im Rahmen eines Familienfestes sollte ein Auftritt der Neue Deutsche Welle Band *Extrabreit* organisiert werden. Der ehemalige Veranstaltungsort, die Freilichtbühne, bot sich dafür gerade zu an. „Wir kannten diesen Ort als Schauplatz. Damals war uns noch nicht klar, dass solche Events aber kontinuierlich laufen müssen, damit sie überhaupt angenommen werden und wir die Bühne unter freiem Himmel wieder zurückholen können“, sagt Stephan. Aus voller Euphorie wurde dieser Tag dann ins kleinste Detail durchgeplant. Ohne jegliche Rücksicht auf Verluste. „Es wurde für uns zu einem Desaster mit immensen finanziellen Schäden. Wir sind also richtig baden gegangen“, so Regler Peter Michael Schütler.

Trotz der großen Pleite kam es für den Kultur-Verein nicht in Frage das Handtuch zu schmeißen. Die Freilichtbühne als charmante Location hatte weiterhin ihren Reiz und auch die Idee von einem diskriminierungsfreien und nichtkommerziellen kulturellen Angebot hatte sie überzeugt. „Wir wären blöd gewesen, wenn wir aus den schlechten Erfahrungen nicht gelernt hätten“, so Peter Michael.

Geduld zahlt sich aus

Steil Bergauf ging es von da an trotzdem nicht für die Regler*innen. Immer wieder mussten sie sich neuen Herausforderungen stellen: Von Nachbarschaftsbeschwerden bis hin zu einer problematischen Kooperation mit den ehemaligen Pächter*innen der Bühne, die sich einen kommerziellen Ausbau der Formate und somit Profit erhofften. „Dem von der Regler Produktion ins Leben gerufene Prinzip, Kultur aus dem Hut mit einkommensunabhängigen und generationsübergreifenden Veranstaltungen, wurde dadurch eine unmissverständliche Absage für die Zukunft erteilt“, so Regler*innenvorstand Hans Koch. Nach intensiver Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit sowie Konzeptvorstellungen beschloss der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr dann einstimmig, den Hauptvertrag für die offene Bühne ab 2014 mit den Regler*innen abzuschließen. Der Verein Freunde der Freilichtbühne lehnte das Angebot eines Untervertrags dabei ab, was die Regler*innen in die alleinige Verantwortung zog.

Evergreen

Auch in dieser Saison bleiben Klassiker wie die Mittwochsreihe erhalten. Tatkräftig unterstützt wird die Kulturreihe von 20 Terminen von Mai bis September, immer von 20 bis 22 Uhr von den Regler-Junior. Geboten wird ein breites Programm, das alle Stilrichtungen, von Rock über Jazz bis hin zu Hip Hop beinhaltet. Auch die fünf generationsübergreifenden Gigs am Sonntagnachmittag Kurkonzert in Bad Mülheim halten weitere Überraschungen offen. Neu mit dabei sind das Duo Piat-schello, BIG BANDits und Tom Bauer mit seinem Amalfi Orchestra.

Am 2. September feiert die Freilichtbühne ihr 80-jähriges Jubiläum. 1926 wurde die Bühne mit dem Theaterstück ein Sommernachtstraum von Shakespeare eröffnet. Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gibt es in Anlehnung an diese Erstaufführung einen Blick in die Vergangenheit und eine Vision für die Zukunft. Am darauffolgenden Wochenende sollen die Anfänge der Freilichtbühne mit einer besonderen Interpretation von Shakespeares Stück *Wild West-Manier* aufleben.

Ein Highlight in diesem Jahr ist das Projekt CultureKlub. Nach drei Jahren Eigenregie trauen sich die Regler*innen nun an eigene Projekte. „Es ist ein bisschen was anderes als das übliche Fest der Kultur“, so Hans Uwe. Am 17. September um 16 Uhr sollen die Künstler*innen dann zu Botschafter*innen werden. „In einer Kooperation mit dem Oberhausener Verein Jugendclub Courage soll das neue Format einen Freiraum für unterschiedliche Kulturen bieten und die Partnerstädte mehr einbeziehen“, so Hans Uwe. [BRIT]

Auf dem diesjährigen Saisonprogramm stehen außerdem das Mölmisch-Festival, die Oldies Night und Rock das Dach. Alle weiteren Veranstaltungen und Informationen unter www.regler-produktion.de

Nicht nur Lutz muss zahlen

Während sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) schon seit Jahren mit dem Satz „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum“ heiser schreit, um die Vorratsdatenspeicherung zu rechtfertigen, scheint nun die Staatsanwaltschaft vermehrt auf Volksverhetzung in Sozialen Netzwerken zu reagieren. Aktuellstes Beispiel dafür: Pegida-Gründer Lutz Bachmann.

9.600 Euro Strafe für einen Post auf Facebook. 106 Wörter, beziehungsweise 670 Zeichen enthält das beanstandete Schriftwerk von Bachmann. Macht also knapp 90 Euro pro Wort oder etwa 14 Euro pro Zeichen. Bachmann verzichtet anscheinend aus Prinzip auf Kommata, wodurch er sich vermutlich sechs bis acht Zeichen und eventuell einige Euro gespart hat. Betrachtet man sogar nur die Worte „gelumpe“, „dreckspack“ und „viehzeug“, die in Bachmanns Post der Staatsanwaltschaft ein besonderer Dorn im Auge waren, macht das sogar 2.200 Euro pro Wort. Vielleicht sollte Bachmann lieber zu Twitter wechseln oder die drei Beleidigungen einfach zu einer zusammenlegen? Bei Twitter kann er maximal 140 Zeichen Schwachsinn verzapfen. Wären, blieben wir bei den 14 Euro pro Zeichen, ein maximaler Satz von 1.960 Euro. Und aus den drei einzelnen Beleidigungen würde ein einziges „dreckspackgelumpeviehzeug“ werden. Ob das dann auch nur einmal kostet?

Das Urteil der Geldstrafe von 9.600 Euro wurde in erster Instanz gefällt und ist noch nicht rechtskräftig. Bachmanns Anwalt will Berufung einlegen, ebenso die Staatsanwaltschaft. Sie fordert sieben Monate Gefängnis. Auch andere Fälle zeigen, welche Folgen Hate-Speech im Internet haben kann. Ein kleiner Überblick:

Im Vergleich zu Bachmann kam der damalige Bad Belziger NPD-Stadtverordneter Pascal Stolle recht günstig davon. 900 Euro zahlte er für das Teilen eines in Kerzenschein getauchten Bildes von Hitler an dessen Geburtstag, dass er mit „Damals wie heute“ kommentierte. Damit spielt er auf die Nazi-Parole an, die mit dem Wort „Hitlerleute“ endet. 1.200 Euro Geldstrafe gab es für eine Frau aus Chemnitz. Sie veröffentlichte auf ihrer Facebook-Seite ein Bild, auf dem ein Überraschungsei

als Handgranate gezeigt wurde. Darauf stand der Text: „Sonderedition Asylanten.“ 2.150 Euro wurden für einen 54-Jährigen fällig, der in einer geschlossenen Facebook-Gruppe dazu aufrief, die Prügelstrafe wieder einzuführen und Asylbewerber*innen den Schädel einzuschlagen, da sie es ja aus ihrer Heimat her gewohnt seien. Die Erklärung des Verurteilten, es habe sich um eine geschlossene Gruppe gehandelt und sei kein öffentlicher Post gewesen, spielte dabei für den Richter keine Rolle. 7.500 Euro kostete einen Mann aus Bayern folgendes Posting: „I hätt nu a Gasflasche und a Handgranate rumliegen für des Gfrast. Lieferung frei Haus.“ „Gfrast“ ist ein bayrisches Wort für Nichtsnutz. Sechs Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung muss ein 20-Jähriger für seinen Facebook-Post verbüßen. Er schrieb: „Gibt genug Deutsche, die für einen Euro arbeiten um zu überleben, steckt es den Asi-Pack ruhig in den Arsch. Erschossen gehören die.“ Neun Monate Frei-



Volksverhetzung auf Facebook? Das kostet. (Grafik: dav)

heitsstrafe ohne Bewährung erhielt ein vorbestrafter 20-Jähriger aus Zwickau. Er ist damit Spitzenreiter in diesem traurigen Ranking. Sein abstoßendes Werk zeigte eine Fotomontage von Hitler und einem KZ-Krematoriumsofen im Stile eines Media-Markt-Flyers. Der Text darunter: „Der Führer empfiehlt – Die Judenheizung von Germania 299 Euro“.

Die Urteile der letzten Zeit zeigen, dass diejenigen, die Hass in den Sozialen Netzwerken verbreiten und teilen zur Rechenschaft gezogen werden. Schaut man sich die Kommentarspalte auf der Pegida-Facebookseite an, scheint das in den Köpfen vieler noch nicht angekommen zu sein. Die Staatsanwaltschaft kann sich nicht über fehlende Beschäftigung beschweren, denn auch auf der Pegida-Seite gilt: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. [dav]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Britta Rybicki (BRIT), Daniel Veutgen (dav), Björn Gögge (bjg), Linda Gerner (Gerne), Simon Kaupen (ska)

V.i.S.d.P.: Simon Kaupen (ska)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	7		2				
2				1	6		8
		9	8			2	1
7	9					6	3
			5	7	2		
	4	5					7
	8	7			1	3	
	6		4	5			8
					7		5

WOHNHEIMGESCHICHTEN

